



Werteorientierung, Wahlfreiheit und Chancengerechtigkeit

Argumente für ein differenziertes Schulsystem

Ralph Alexander Lorz

Zum Mitnehmen

- Chancengerechtigkeit, Wahlfreiheit und die Orientierung am christlichen Menschenbild sprechen für ein differenziertes Schulsystem und gegen „Eine Schule für alle“. Auch empirische Befunde der Bildungsforschung belegen die Vorteile vielfältiger Schulangebote.
- Ein differenziertes Schulsystem ermöglicht in besonderer Weise die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Es schafft Freiräume und fördert Schülerinnen und Schüler nach ihren individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten.
- Zugrunde liegt ein umfassender Bildungsbegriff, der Wissensvermittlung, Berufsbefähigung und Werteerziehung beinhaltet. Benötigt wird eine ganzheitliche Bildung der Persönlichkeit.

Schulstrukturen in der Kontroverse

Keine bildungspolitische Frage hat den „Hessischen Schulkampf“ der 1970er und 1980er Jahre so dominiert und die öffentliche Wahrnehmung derart auf sich gezogen wie das Thema Schulstruktur. Es war zentral in der erbittert geführten politischen Auseinandersetzung infolge der 68er-Bewegung. Der Einführung der Gesamtschule als Regelschulform stand die Ablehnung der Forderung „Eine Schule für alle“ gegenüber. Die Debatte wurde wesentlich durch die neomarxistisch inspirierte Gesellschaftstheorie der Frankfurter Schule mit ihren zentralen Zielen – Emanzipation und Chancengleichheit – gespeist.

Die hessische CDU, damals im Hessischen Landtag in der Opposition, veröffentlichte in ihrem kulturpolitischen Kampf gegen die „Eine Schule für alle“ und als Reaktion auf die neomarxistisch geprägten Rahmenrichtlinien für das Fach Deutsch die Broschüre „Marx statt Rechtschreibung“. In der Auseinandersetzung um die Frage „Freiheit oder Sozialismus“ auch im Hochschulbereich sind die Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ und seine neun werteorientierten Thesen unter dem Titel „Mut zur Erziehung“ von 1978 zu nennen.

Es geht um mehr als nur um Strukturen

Die bildungspolitischen Debatten der Gegenwart sind von sehr viel mehr Themen bestimmt als die erwähnten Auseinandersetzungen der Vergangenheit. Neben der Schulstrukturfrage gibt es, auch dank einer wesentlich differenzierter forschenden Bildungsempirie, neue Schwerpunkte: Erwähnt sei die Qualitätsentwicklungsdebatte über Lehren und Lernen, die bildungspolitisch von hoher Bedeutung ist. Auch die demografischen Herausforderungen oder das Recht der Eltern auf die Wahl des Bildungsganges ihrer Kinder spielen eine nicht unerhebliche Rolle. Darauf wird im weiteren Verlauf noch näher einzugehen sein.

Argumente für ein differenziertes Schulsystem

Eine klare Werteorientierung, Wahlfreiheit und Chancengerechtigkeit begründen nachdrücklich ein differenziertes Schulsystem. Dieser Position liegt eine philosophische und politische Anthropologie zugrunde, die normative Prämissen hat und dennoch zu undogmatischen Schlussfolgerungen führt. Diese werden durch die Erkenntnisse der empirischen Pädagogik gestützt.

Ausgangspunkt ist die Frage nach dem Wesen des Menschen. Welches Menschenbild haben wir? Das christliche Menschenbild hat nichts an Aktualität verloren. Auch die voranschreitende Säkularisierung und Pluralisierung unserer Gesellschaft und der damit verbundene Wandel der politischen Kultur haben an dieser Grundlage nichts geändert.

Das individualistische Menschenbild in seiner extremen Ausprägung versteht den Menschen als ausschließlich individuelles Wesen, das seine Interessen ohne jede Bindung an die Gesellschaft verfolgt. Die Gesellschaft als solche besitzt keinen Eigenwert, der Mensch ist demzufolge völlig frei. Aus diesem Menschenbild hat der libertär ausgerichtete politische und ökonomische Liberalismus seine Ordnungsvorstellungen abgeleitet. Extremste Ausdrucksform ist der sogenannte Manchester-Kapitalismus. Die Rolle des Staates ist weitestgehend passiv; im Sinne eines reinen „Nachtwächterstaates“: Die Schaffung einer Sozialordnung oder die Regulierung von Wirtschaft und Wettbewerb sind keine Anforderungen an den Staat, die politisch zu verfolgen sind. Der größtmöglichen Freiheit des Individuums wird alles andere untergeordnet: „Jeder ist seines Glückes Schmied“ ist die bekannteste Leitformel dieser freien Marktwirtschaft klassischer Prägung.

Das andere Extrem ist das kollektivistische Menschenbild: Der Mensch ist ein ausschließlich gesellschaftsorientiertes Wesen. Nur die Gesellschaft als Summe ihrer Mitglieder hat Eigenwert. Der Mensch wird auf seine Rolle im Kollektiv reduziert,

das Individuum besitzt keinen Eigenwert. Der marxistisch geprägte Sozialismus und der Kommunismus mit ihren Ordnungsvorstellungen sind die gesellschaftlichen Modelle, auf denen dieses Menschenbild gründet. Extreme Ausdrucksformen sind totalitäre Herrschaftssysteme wie der Nationalsozialismus oder kommunistische Einparteiendiktaturen: Nur der Wert des Kollektivs zählt, nicht der Wert des Individuums.

In beiden Vorstellungen wird die Unantastbarkeit der Würde des Menschen zur Disposition gestellt. Nicht ohne Grund hat sich der Philosoph Theodor W. Adorno sehr nachdrücklich dafür ausgesprochen, dass eine Erziehung nach Auschwitz eine Erziehung zur Mündigkeit sein müsse: Die Erziehung zum Antikollektivismus sei unverzichtbar; Menschen müssten sich nicht in Kollektive einordnen, um Anerkennung und Ich-Stärke zu erfahren.

Christliches Menschenbild

Sowohl dem Libertarismus als auch dem extremen Kollektivismus steht das christliche und humanistische Menschenbild entgegen: Der Mensch ist sowohl individuelles als auch soziales Wesen. Er ist zur Freiheit befähigt, aber auf die Gemeinschaft angewiesen. Auf Basis seiner individuellen Wesensanlage hat er das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung, was die Fähigkeit zur freien Willensentscheidung voraussetzt. In gleichem Maße ist er aber ein soziales Wesen. Seine Sozialnatur bedingt die Gesellschaft, er ist auf die Gesellschaft bezogen.

Die christliche Soziallehre bezeichnet dies als Personalitätsprinzip. Aus ihm leitet sich das verfassungsrechtlich verbrieft Menschenrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit ab. Dieser „dritte Weg“ zwischen Individualismus und Kollektivismus ist weit mehr als die Synthese aus zwei extremen, einseitigen Menschenbildern: Aus christlicher Perspektive sind die Menschen von Gott geschaffen. Aus diesem Umstand leitet sich die jedem Menschen zuteilwerdende unveräußerliche Würde ab, die sich wiederum nur in Freiheit und Gerechtigkeit garantieren und verwirklichen lässt. In direktem Bezug auf die Leitthese bedeutet dies: Auch ein Bildungssystem muss so konstruiert sein, dass es beiden Wesensanlagen des Menschen entspricht. Es muss sowohl der Freiheit des Einzelnen als auch der Gerechtigkeit aller dienen und die freie Entfaltung der individuellen Persönlichkeit im Rahmen der sozialen Gemeinschaft ermöglichen.

Eigene Potenziale entfalten

Freiheit als Grundwert dieses bildungspolitischen Ansatzes ist Ausdruck der individuellen Wesensanlage des Menschen. Der Mensch hat das natürliche Recht auf Freiheit. Freiheit findet ihre Grenzen in der Freiheit der anderen. Zur Freiheit gehört immer auch Verantwortung gegenüber den anderen. Nur wer sein eigenes Potential entfalten kann, entwickelt sich zu einer freien Persönlichkeit mit starkem Selbstwertgefühl. Leistungsbereitschaft ist anzuerkennen und grundsätzlich zu fördern. Jeder Mensch aber hat seine unveräußerliche Würde unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit und seinen Begabungen, Neigungen und Befähigungen.

Leistung ist wesentlich, um Gerechtigkeit zu schaffen. Ein anerkannteres System zur Verteilung von Lebenschancen hat bisher noch niemand gefunden. Doch wie kann Chancengerechtigkeit geschaffen werden? Materielle Ausgangslagen dürfen beim Zugang zu Bildung oder einer bestimmten Schulform keine Rolle spielen. Gesellschaftlicher Aufstieg durch Bildung muss möglich sein.

Daher ist Solidarität untrennbar mit den Zielsetzungen von Bildungspolitik verbunden. Sie entspricht der sozialen Natur des Menschen. Oder um es mit dem katholischen Sozialwissenschaftler Oswald von Nell-Breuning zu sagen: „Wir sitzen alle in einem Boot.“ Freiheit und Solidarität bedingen sich gegenseitig; sie sind entsprechend den dargelegten anthropologischen Prämissen gleichwertig.

Individuelle Fähigkeiten, Begabungen und Neigungen

Unser bildungspolitisches Ziel ist ein auf Freiheit und Solidarität beruhendes Schulsystem, das gerechte Lebenschancen und Aufstiegsmöglichkeiten für alle Schülerinnen und Schüler eröffnet. Gerecht heißt auch, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln, wobei das Recht insbesondere die Schwächeren schützt. Jeder soll sich entsprechend seinen Fähigkeiten, Begabungen und Neigungen bestmöglich entfalten können und gefördert werden. Jedes Kind ist in seinem individuellen Potential unabhängig von den materiellen Voraussetzungen des Elternhauses zu fördern.

Dies schließt die gerechte Verteilung von Belastungen ein. In Hessen haben zentrale schulpolitische Maßnahmen wie die im Landesschnitt 105-prozentige Lehrerversorgung aller Schulen, die zusätzlichen Zuweisungen im Ganztagsbereich oder die sozialindizierte Lehrerruhestellung, aber auch die Einrichtung des in Landesträgerschaft befindlichen Internats Schloss Hansenberg für besonders leistungswillige und -fähige Schülerinnen und Schüler hier ihre fundamentale Begründung: Jedes Kind ist, ausgehend von seinem individuellen Potential, unabhängig von den materiellen Voraussetzungen des Elternhauses zu fördern. Das Wohl der Kinder und ihre Entwicklungschancen stehen im Mittelpunkt aller bildungspolitischen Entscheidungen. Letztlich geht es um die Verwirklichung eigener Lebensentwürfe und die Persönlichkeitsentfaltung junger Menschen.

Die bisher geschilderten Prämissen sind die Grundlagen christlich-demokratischer Bildungspolitik. Sie sind zugleich ein Plädoyer für ein differenziertes Schulsystem.

Jedes Kind verfügt über Begabungen, Neigungen und Befähigungen. Doch sie unterscheiden sich von Kind zu Kind. Um diesen Unterschieden gerecht zu werden, bedarf es eines differenzierten Schulsystems.

Wahlfreiheit für Eltern und Schüler

Zur Freiheit gehört auch die Wahlfreiheit von Eltern, Schülerinnen und Schülern, sich für einen Bildungsweg zu entscheiden. Nur ein vielfältiges, differenziertes Bildungssystem ermöglicht echte Wahlfreiheit. Das Motto „Eine Schule für alle“ ist weder demokratisch noch entspricht es der Natur des Menschen.

Solidarität heißt, jedes Kind mitzunehmen und zu unterstützen. Der Staat hat den Auftrag, alle Schülerinnen und Schüler zu fördern. Notwendig ist ein offener Zugang zum Bildungswesen, das zugleich durchlässig sein muss. Nur so ist Chancengerechtigkeit zu erreichen. Es bedarf vielfältiger Bildungsangebote, um jedem die Möglichkeit zu geben, auf verschiedenen Wegen zum Ziel zu gelangen.

Ganzheitlicher Bildungsbegriff

Voraussetzung ist die Akzeptanz eines ganzheitlichen Bildungsbegriffs: Wissensvermittlung, Werteerziehung und Berufsorientierung sind Teile eines einheitlichen, in sich geschlossenen Ansatzes. Das schließt die Gleichwertigkeit der beruflichen Schulen und der allgemeinen Schulen genauso ein wie die Vielfalt von Schulformen, die Existenz mehrerer Bildungsgänge und das Erfolgsmodell duale Ausbildung. Der Auftrag des Gymnasiums, insbesondere in der Oberstufe vertiefte Allgemeinbildung im Sinne der Wissenschaftspropädeutik zu vermitteln, gehört dazu.

Auch die konkreten Bedingungen vor Ort, familiäre Verhältnisse und demografisch begründete Erfordernisse haben zur Folge, dass es nicht das eine, wahre Schulsystem geben kann. Schule ist ein Mikrokosmos unserer Gesellschaft. Sie ist von allen gesellschaftlichen Veränderungen betroffen. Das Verständnis christlich-demokratischer Bildungspolitik ist von Werten und anthropologischen Prämissen bestimmt, aber eben auch von den Realitäten vor Ort. Deshalb sind in Ländern mit

Regierungsbeteiligungen der CDU unterschiedliche Schulsysteme anzutreffen. In den Schranken der oben beschriebenen normativen Grundsätze braucht es immer auch Offenheit in der Ausgestaltung. Der Bildungsexperte Jörg-Dieter Gauger brachte stets zum Ausdruck, dass sich im Erziehungs- und Bildungsverständnis der CDU werteerziehende, individuell persönlichkeitsbildende, gemeinwohlbezogene und berufsbefähigende Bildungsziele und -inhalte verbinden.

Die politisch-theoretischen Grundlagen eines differenzierten Schulsystems bauen jedoch nicht nur auf Werten und Überzeugungen auf. Sie sind zudem fachlich begründet und stimmen mit den Ergebnissen der empirisch-pädagogischen Forschung überein.

Spitzenplätze im Leistungsvergleich

Unionsgeführte Länder wie Bayern, Sachsen und lange Zeit auch Baden-Württemberg hatten immer Spitzenplätzen bei Leistungsvergleichsstudien inne. Nach Einführung der Gemeinschaftsschule unter der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg fiel das Land zunächst zurück. Inzwischen hat die neue CDU-Kultusministerin, Dr. Susanne Eisenmann, einen Kurs eingeschlagen, der erfolgversprechend ist. Das Beispiel aus Baden-Württemberg weist auf das Potential und die Praxistauglichkeit differenzierter Schulsysteme hin.

Doch was sind die empirisch belegbaren Faktoren, die eine Korrelation von Erfolg und differenziertem Schulsystem begründen?

Lernen in homogenen Gruppen

Lernen und Lehren ist in relativ leistungshomogenen Gruppen einfacher und erfolgreicher. Eine sich daran orientierende Lerngruppenorganisation wird Lernenden und Lehrenden eher gerecht. Die Gegenthese, dass in leistungsgemischten Lerngruppen die schwächeren Schülerinnen und Schüler von den leistungsstärkeren profitieren, ohne dass diese wiederum in ihren Lernfortschritten gehindert würden, lässt sich empirisch nicht belegen. Der Befund ist vielmehr folgender: Eine bezogen auf die kognitiven Fähigkeiten eher homogene Zusammensetzung der Lerngruppen führt zu insgesamt höheren Leistungen. Die dabei zu beobachtende Spreizung der Leistungen zwischen den unteren und den oberen Bildungsgängen ist der Tatsache geschuldet, dass kognitiv leistungsfähigere Schülerinnen und Schüler von Lernanreizen stärker profitieren als kognitiv weniger leistungsfähige. Hierin liegt eine Begründung für ein differenziertes Schulwesen.

Die Vielfalt der Schulformen orientiert sich vornehmlich an den pädagogischen Erfordernissen. Die Differenzierung von Bildungsgängen wiederum ermöglicht eine effektivere Ressourcennutzung, die allen Beteiligten zugutekommt. In einem differenzierten System sind Abschlüsse immer gewährleistet: Die Schüler sind anschlussfähig, weil das System horizontal und vertikal durchlässig ist, offen für lebenslanges Lernen und frei von Einbahnstraßen und Sackgassen. Die Zukunftschancen von Schülerinnen und Schülern werden verbessert und nicht, wie oft fälschlich behauptet, verschlechtert. Wenn Schülerinnen und Schüler mit ähnlichen Ausgangsleistungen in der Grundschule später unterschiedliche Bildungsgänge absolvieren, wirkt sich das nicht auf ihre Berufswahl, ihr späteres Einkommen oder Beschäftigungszeiten aus. Dies erklärt sich zu einem erheblichen Teil daraus, dass Schülerinnen und Schüler, die einen „niedrigeren“ Bildungsgang besuchen, die Flexibilität und Durchlässigkeit des Schulsystems nutzen und zu gegebener Zeit den nächsthöheren Abschluss erlangen. Dazu bedarf es eines Systems von Schulen, die auch im Erwachsenenalter noch die zweite oder dritte Chance bieten.

Auch deshalb wird die Berufsorientierung zunehmend an Bedeutung gewinnen: Das System der beruflichen Schulen garantiert ein hohes Maß an Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit. Die Bildungsgerechtigkeit gilt es auch hier nicht aus den Augen zu verlieren: Wir brauchen ein begabungsgerechtes, differenziertes Schulsystem, das für jeden das passende Angebot bereithält – und nicht für alle das gleiche. Bildungsgänge und Förderangebote müssen so individuell wie möglich sein: Sowohl die stärker theorie- als auch die mehr praxisorientierten, die allgemein- und die berufsbildenden Schulen haben ihre Berechtigung. Auch die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft erfordert differenzierte und differenzierende Bildungsangebote. Doch auch in homogeneren Lerngruppen bedarf es immer wieder individueller Förderangebote.

Vielfalt statt Einheitsstrukturen

Strukturreformen, die versuchen, die Menschen in eine einzige Schulform zu pressen, sind zum Scheitern verurteilt: Heterogenität ist individuell zu begegnen, auf Diversität ist mit Diversität zu antworten. Strukturfragen sind aber nicht alles.

Der Zusammenhang von Bildungsverlauf und sozialer Herkunft ist unstrittig, und der Bedeutung der Familie gilt mehr und mehr Augenmerk. Die Familie ist für erfolgreiche Bildungsverläufe entscheidend. So stellte der österreichische Pädagogikprofessor Helmut Fend fest, dass eine ausgeprägte Fürsorge der Familie für ihre Kinder zur Folge hat, dass Kinder sich in unterschiedlichen Schulsystemen positiv entwickeln. Dass die Familie in der heutigen Zeit an Bedeutung verliere – so der Befund seiner Studien –, sei irrig. Für die Schaffung von Chancengerechtigkeit kommt es nicht zuallererst auf Strukturen an, entscheidend sind die handelnden Akteure und ihr Wirken im Bildungsprozess.

Die CDU-Familienpolitik findet hier ihre Bestätigung: Um jungen Menschen eine gelingende Bildungsbiografie zu ermöglichen, ist die Stärkung der Familie unerlässlich. Herkunftsbezogene Effekte müssen abgebaut werden. Dafür braucht es – auch vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Wandlungsprozesse – auf allen Ebenen kompensatorische Fördermaßnahmen. Entsprechende bildungspolitische Strategien müssen darauf abzielen, soziale Disparitäten auszugleichen. Im Ergebnis wird mehr für die Überwindung sozialer Selektivität getan, als es die flächendeckende Einführung der Gesamtschule je könnte. Denn die Gesamtschule schafft nachweislich nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des differenzierten Bildungssystems.

In Hessen wird auf die Frühförderung von Kindern gesetzt. Beispielhaft seien der Bildungs- und Erziehungsplan von null bis zehn Jahren genannt, die Sprachförderung im Bereich der Vorlaufkurse vor der Einschulung oder die Ostercamps zur Förderung versetzungsgefährdeter Schülerinnen und Schüler in der Mittelstufe.

Um die Chancengerechtigkeit zu erhöhen, wurde in Hessen der Sozialindex eingeführt: die Zuweisung von zusätzlichen Lehrkräften an Schulen mit heterogener Schülerschaft. In sogenannten Vorlaufkursen wird Deutsch als Bildungssprache gefördert. Das hessische Gesamtsprachförderkonzept setzt an einer der Hauptursachen an, die Bildungsgerechtigkeit behindern, an mangelnden Sprachkenntnissen.

Auf den Lehrer kommt es an

Viele Erkenntnisse decken sich mit den Ergebnissen des neuseeländischen Pädagogen John Hattie: In seiner viel beachteten Metastudie „Visible Learning“ hat er die entscheidende Rolle der handelnden Akteure für den Bildungserfolg dargelegt. Im Zentrum seiner Überlegungen stehen die Lehrkräfte. Für einen qualitativ gelingenden Unterricht ist die Lehrerpersönlichkeit entscheidend. Wenn Bildungsgerechtigkeit geschaffen werden soll, dann dort, wo erfolgreich und nachhaltig schulisches

Lernen eingeübt wird: im Unterricht. Hatties Forschungsergebnisse stehen im Einklang mit den anthropologischen Prämissen christlich-demokratischer Bildungspolitik und bestätigen ihre grundsätzlichen Überzeugungen und Prinzipien.

Lehrer fördern

Welche praktischen Schlussfolgerungen gilt es zu ziehen, und welche Anforderungen stellen sich der Politik? Eine zukunftsorientierte Familien- und Gesellschaftspolitik unterstützt dort, wo es spezieller Förderung bedarf, um herkunftsbedingte Nachteile im Sinne der Chancengerechtigkeit auszugleichen. Bildungspolitische Maßnahmen fördern Schülerinnen und Schüler individuell, sie gehen auf den Einzelnen ein. Dies geschieht mittels äußerer und innerer Differenzierung in einem durchlässigen Schulsystem und durch eine vom Lehrer gesteuerte individuelle Förderung in Klassenverbänden und im Unterricht. In der Lehrerbildung müssen Fachwissen, Fachdidaktik und pädagogische Erkenntnisse stringent und praxisorientiert verzahnt werden. Die Lehrkräfte gilt es zu befähigen, ihren Bildungsauftrag im Einklang mit den Anforderungen an ihr Lehramt auszufüllen und die Schülerschaft optimal und individuell zu fördern. Deshalb wurde in Hessen die Neuausrichtung der Ausbildung, der Fortbildung und der Beratung von Lehrkräften den aus den gesellschaftlichen Herausforderungen resultierenden Notwendigkeiten angepasst. Besonderes Augenmerk ist auf die Qualitätssicherung und -entwicklung von Lehren und Lernen zu richten: Das Kerngeschäft von Schule ist und bleibt der Unterricht. Weil der Einfluss von Lehrkräften auf das Lernen von Schülerinnen und Schülern nachgewiesenermaßen wesentlich ist, kommt einem Qualifizierungsmodell für potentielle Schulleiterinnen und Schulleiter zentrale Bedeutung zu: Die Schulleitung verantwortet die Organisationsentwicklung einer Schule maßgeblich, und damit auch die Prozess- und Ergebnisqualität von Unterricht.

Ideologiefreie und zielorientierte Bildungspolitik

Um weitere Fortschritte zu erreichen, braucht es eine pragmatische und dennoch zielorientierte Bildungspolitik. Die christlich-demokratischen Grundsätze sind ihr Kompass. Der ideologisch geführte Kulturkampf um die „Eine Schule für alle“ muss im Interesse unserer jungen Menschen beendet werden. Was schon immer galt, gilt auch weiter: Mit Ideologie lässt sich keine gute Schule machen! Der Weg der Mitte ist auch in der Bildungspolitik der richtige Weg.

Autor

*Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz
Kultusminister des Landes Hessen*

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Ansprechpartner:

Dr. Norbert Arnold

Teamleiter Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

E-Mail: norbert.arnold@kas.de

Lektorat und Bearbeitung:

Jenny Kahlert

Team Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

Konrad-Adenauer-Stiftung

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

978-3-95721-374-7